

perialismus das deutsche Volk gestürzt hat, ist die faschistische NP in die ersten Länderparlamente eingezogen, und neonazistische Strömungen machen sich in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens breit. In einem Staat mit einem KZ-Baumeister und einem leitenden Nazi-Propagandisten an der Spitze ist eine solche Entwicklung nicht verwunderlich. Die Machthaber dieses Staates, der die alte Politik des deutschen Imperialismus fortsetzt, benötigen die NP als Auffangbecken für Kräfte, die als Folge der sozialreaktionären Politik und der Krisenerscheinungen in Opposition zu der in Bonn praktizierten Politik geraten.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands hat auf der 14. Tagung des Zentralkomitees festgestellt, daß die rechten sozialdemokratischen Führer nicht von der Mitschuld an der neonazistischen Entwicklung in Westdeutschland freigesprochen werden können, da sie darauf verzichteten, der Bonner Aggressionspolitik eine echte, auf den Frieden gerichtete Alternative entgegenzustellen, und mit Kiesinger und Strauß gemeinsame Sache machen.

Unsere Partei hat mit aller Klarheit gesagt: Die Versuche, unter Beibehaltung des Revanchekurses nach außen und des antidemokratischen Kurses nach innen, mit einigen taktischen Varianten aus der Isolierung und aus den Schwierigkeiten herauszukommen, werden an der Unredlichkeit des Vorhabens und der Unzulänglichkeit der Mittel scheitern. Daran wird auch die Hilfe einiger sozialdemokratischer Minister nichts ändern. Der Ausweg aus der Sackgasse kann nur durch eine neue Politik gefunden werden.

Die konstruktiven Vorschläge der DDR für die Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten

Unsere Partei hat in der gesamten Periode zwischen dem VI. und dem VII. Parteitag alles getan, um der gefährlichen Entwicklung in Westdeutschland entgegenzuwirken, durch konstruktive Vorschläge einen Beitrag zum Frieden und zur europäischen Sicherheit zu leisten und die Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten nach Möglichkeit zu erleichtern.

Der VI. Parteitag unterbreitete den Vorschlag, zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der westdeutschen Bundesrepublik ein Abkommen der Vernunft und des guten Willens zu vereinbaren. Der Vorschlag ging von der realen Existenz zweier deutscher Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung aus. Er war darauf gerichtet, daß beide